

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Inhaltliche Bestimmung der Fachbereiche im Rahmen der Verwaltungsreform

Bezug: Vorlagen 8/2002, 8c/2002, 15b/2002, 15c/2002, 15d/2002, 23/2004 und 16/2005

Anlagen: 7 Bezeichnung: (siehe Seite 10)

Beschlussantrag:

1. Im Dezernat 02 wird als weiteres Ergebnis der Projektarbeit der Fachbereich Planen und Entwickeln gebildet (Anlage 3).
2. Der Sachstand zur Bildung eines Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft (Anlage 4) wird zustimmend zur Kenntnis genommen und die Verwaltung beauftragt, mit der KE über folgende Alternativen zu verhandeln:
 - Die Leitungsfunktion des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft wird ausgeschrieben und baldmöglichst besetzt. Um einen reibungslosen Übergang für die neue Leitung sicherzustellen, wird die KE den Aufbauprozess beratend begleiten und insbesondere die Teilprojekte weiter voranbringen.
 - Mit der Leitung und dem weiteren Aufbau des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft wird die KE (Kommunalentwicklung Baden-Württemberg) mit einem Zeitvertrag auf 2 Jahre beauftragt. Die Leitungsstelle wird während des Aufbauprozesses ausgeschrieben, bis (spätestens) Mitte 2008 besetzt und ein reibungsloser Übergang der Führung und Leitung des Fachbereichs sichergestellt.
3. Im Dezernat 02 wird als weiteres Ergebnis der Projektarbeit der Fachbereich Tiefbau gebildet (Anlage 5).

Finanzielle Auswirkungen		Jahr: 2007	Folgej.:2008
	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:		€	
Aufwand / Ertrag jährlich	€		

Ziel: An eine moderne Stadtverwaltung werden heute andere Anforderungen gestellt als früher. Die Tübinger Stadtverwaltung hat sich diesen neuen Herausforderungen frühzeitig gestellt und mit einer umfassenden Verwaltungsreform darauf reagiert. Die Verwaltung verfolgt dabei das Ziel, die Effizienz und die Effektivität ihrer Arbeit stetig zu steigern und den Service für die Bürgerinnen und Bürger laufend zu verbessern.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Tübinger Stadtverwaltung hat bereits Mitte der 90er Jahre begonnen, die Verwaltung umzustrukturieren und neu auszurichten. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur Eigenbetriebe gegründet und größere Organisationseinheiten geschaffen. Es wurden die Budgetierung und erste Bausteine eines Controlling eingeführt. Es wurde aber auch in erheblichem Umfang Personal abgebaut, weil sich die Haushaltssituation der Stadt schon damals als äußerst gespannt darstellte.

Anfang des neuen Jahrtausends wurde die Verwaltungsreform weitergeführt. Neben einer weiteren Straffung von Abläufen und einer Optimierung von Prozessen stand die Neuorganisation der Verwaltungsstrukturen auf der Tagesordnung.

Nach intensiven Debatten und umfangreichen Beteiligungsprozessen hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 28.01.2002 beschlossen:

„Die künftige Aufbauorganisation der Stadtverwaltung wird am Modell 2 – Prozessorientierte Matrixorganisation (**Anlage 1**), das vom Beratungsunternehmen Andersen im Projekt Aufbauorganisation erarbeitet wurde, ausgerichtet. Die Zahl und die inhaltliche Bestimmung der Fachbereiche und Kompetenzzentren bleibt einer späteren Beschlussfassung des Gemeinderates vorbehalten“.

Wie in der Vorlage 8 c / 2002 und im Lenkungsausschuss am 02. Mai 2002 ausgeführt, hat die Verwaltung zum weiteren Vorgehen vorgeschlagen, eine „Schleife“ der Prozessoptimierung in den vorgesehen Fachbereichen durchzuführen (**Anlage 2**).

Auf dieser Grundlage wurden inzwischen 4 Fachbereiche neu gebildet:

- Fachbereich 1 – Interne Dienste mit 3 Fachabteilungen
- Fachbereich 3 – Bürgerdienste und Recht mit 4 Fachabteilungen
- Fachbereich 5 – Familie, Schule, Sport und Soziales mit ebenfalls 4 Fachabteilungen
- Fachbereich 6 – Bauen und Vermessen mit 3 Fachabteilungen.

Auf diese Weise wurden aus ursprünglich 9 Ämtern 4 neue Fachbereiche. Auch die Zahl der Abteilungen konnte deutlich verringert werden. Wie im Einzelnen bereits dargelegt, hat die Bündelung der Aufgaben zu einer deutlichen Verbesserung der Effizienz geführt und der Reformprozess hat zudem einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung beigetragen. 5 – 10 % Effizienzsteigerung lagen der Prozessoptimierung als Zielvorgabe zu Grunde. Mit den o.g. Neustrukturierung kann ein Effizienzgewinn von insgesamt bisher 0,916 Mio. Euro erreicht und somit die Zielvorgabe eingehalten werden erreicht (siehe Vorlage 23/2004 mit 566.000 EUR und Vorlage 16/2005 mit 350.000 EUR).

2. Sachstand

Seit Februar 2004 Jahres läuft die Prozessoptimierung im Technischen Rathaus; sie wurde z.T. mit Unterstützung von Beratungsunternehmens (Unisys, KE, Rödl & Partner) durchgeführt.

Wie oben ausgeführt hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 24.01.2005 den Fachbereich – Bauen und Vermessen mit ca. 50 AK oder 40 % des Personals im Technischen Dezernat beschlossen (Vorlage 16/2005) und in der Sitzung am 11.04.2005 die Leitung Herrn Hermann übertragen (Vorlage 16a/2005).

2.1 Projekt Gebäudewirtschaft

Für die Neuorganisation der Gebäudewirtschaft liegt schon seit längerer Zeit ein Sollkonzept in Form eines 3-Säulen-Modells vor: Grundstücks- und Vermögensverwaltung, Gebäudewirtschaft (im engeren Sinne) und dem Hochbaubereich mit Gebäudeunterhaltung. Im Wesentlichen wurden das Liegenschaftsamt und das Hochbauamt zusammengelegt und dem Dezernat der Baubürgermeisterin zugeordnet (Gemeinderatsbeschluss vom 29.01.2001 – Vorlage 348/2000).

Die vollständige Integration scheiterte bisher an der Besetzung der Leitungsstelle und der räumlichen Unterbringung im Technischen Rathaus. Die Leitungsstelle konnte nicht besetzt werden, weil das definierte Anforderungsprofil von keinem Bewerber erfüllt wurde. Außerdem liegen Anträge der AL/Grüne-Fraktion vor (Vorlagen 556/2004 und 513/2005), die die Einführung der Gebäudewirtschaft für die städtischen Gebäude und die Fortschreibung des Energieberichtes anmahnen.

Wie in der Vorlage 315a/2005 ausgeführt, hat die Verwaltung zwischenzeitlich mit Begleitung der KE (Kommunalentwicklung Baden-Württemberg) das Projekt weitergeführt, die „Nutzerseite“ in die Projektarbeit einbezogen und die Möglichkeiten einer Einbindung der städtischen Töchter SWT GmbH und GWG mbH ausgelotet. Das Liegenschaftsamt ist seit Juni 2006 im Technischen Rathaus untergebracht.

2.2 Projektergebnis

Das Projektergebnis liegt vor und wurde im Lenkungskreis am 18.07.2006 mit folgenden Maßgaben verabschiedet.

Zusammenfassung aus der Projektdokumentation vom 18.07.2007:

- Die Projektgruppe entschied sich für eine Zusammenfassung von Hochbauamt und Gebäudewirtschaft (kaufmännisch und infrastrukturell) im Gebäudemanagement (Hochbau und Gebäudewirtschaft).
- Es wird vorgeschlagen einen Eigenbetrieb oder eine „eigenbetriebsähnliche Organisationseinheit“ zu wählen. Eine Bewertung denkbarer Lösungen hat gezeigt, dass die Bestimmungen der Gemeindeordnung die Gründung einer GmbH zur Auslagerung von Hilfsbetrieben nicht zulassen.
- Die Leitung sollte durch eine Geschäftsführung erfolgen, die Zuständigkeiten sollten denen anderer Eigenbetrieben entsprechen.
- Die Besetzung der Leitungsstelle kann durch interne oder externe Besetzung im normalen Ausschreibungsverfahren erfolgen oder durch eines der Tochterunternehmen der Universitätsstadt durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag geregelt werden. Sowohl die SWT als auch die GWG müssen hierfür Personal rekrutieren. Weitere Personalressourcen wären für den Bereich Projektmanagement bei der GWG erforderlich. Umfang kann derzeit nicht quantifiziert werden.
- Denkbar wäre auch eine externe Begleitung als Unterstützung für die Entwicklung der unternehmerischen Ausrichtung der Einheit bei Besetzung über Ausschreibung durch die Universitätsstadt für die ersten beiden Jahre.
- Die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA) sieht einen Mindestbedarf von 2,0 Stellen aus den Bereichen (Planer, Ingenieur, Techniker, Verwaltungskraft) - er kann in diesem Bereich bis zu 5 Mitarbeitern bei Städten von 50-100.000 Einwohnern gehen.

- Insgesamt sehen die Stadtwerke ihren Beitrag zum Gebäudemanagement der Universitätsstadt in erster Linie auf dem Gebiet der Energiedienstleistungen.
- Mit Übernahme der neuen Aufgabe würde sich das Geschäftsvolumen der GWG mehr als verdoppeln. Neue Struktur der GWG (ggf. 2 GF) wäre zu prüfen.
- Im Bereich der Eigenreinigung scheint ein Einsparpotential von 10-15% der bisherigen Reinigungszeiten realistisch. Der Übergang von Eigen- zu Fremdreinigung kann weiteres Einsparpotential von 5-10% ergeben (Tarif, Einsatz Maschinen, intensivere Steuerung) – Gesamtvolumen 3 Mio. €.
- Im Energiebereich ist ein Einsparpotential mittelfristig von ...% zu erwarten?
- Weitere Einsparpotentiale sind noch nicht quantifiziert.

Zum Thema Energie kann nach Erfahrungswerten durchaus von einem Einsparpotential von $\geq 20\%$ ausgegangen werden bei eine Volumen von ca. 2,2 Mio. EUR. Dies setzt aber voraus, dass notwendige Investitionen in der Heiz- und Regelungstechnik sowie Wärmeschutzmaßnahmen im Rahmen des städtischen Sanierungsprogrammes zeitnah angegangen und umgesetzt werden.

In der nachfolgenden Tabelle sind die jeweiligen Gesamtkosten für das Jahr 2005 dargestellt:

Teilkonzept	Personal- und Sachkosten
- Teilkonzept Energie	2,19 Mio. Euro
- Teilkonzept Reinigung	3,17 Mio. Euro
- Teilkonzept Unterhaltung/Sanierung	1,89 Mio. Euro
- Teilkonzept Hausmeister	1,26 Mio. Euro
gesamt:	9,57 Mio. Euro

Tabelle 1 Gesamtkosten der Teilkonzepte

Die Verwaltung geht davon aus, dass mit der Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft und der Konzentration auf die wirtschaftliche Optimierung auch bei diesem Projekt die Zielvorgabe von 5 – 10% Effizienzsteigerung erreicht werden kann.

Das Projektergebnis sieht deshalb vor, dass sich das Gebäudemanagement auf sein Kerngeschäft konzentrieren und auf die Themenschwerpunkte, Hochbau und Unterhaltung im Technischen Bereich und Gebäudebewirtschaftung im infrastrukturellen und kaufmännischen Bereich begrenzen sollte. Deshalb ist im Projektvorschlag sowohl der Liegenschaftsbereich als auch die Grünplanung (beim bisherigen Hochbauamt) nicht mehr aufgenommen.

Dennoch ist ein eigenständiger Fachbereich gerechtfertigt. Im operativen Bereich werden, wie oben ausgeführt, ca. 9,6 Mio. EUR umgesetzt, was dem Umsatzvolumen des SBT entspricht (2005: 8,7 Mio. EUR). Einschließlich der Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Hochbau werden ca. 20,3 Mio. EUR bewegt und liegt damit über dem Umsatzvolumen der GWG (2004:14,4 Mio. EUR).

Auch der Personalbestand rechtfertigt eine eigenständige Organisationseinheit. In Personen ist von einer Größenordnung von 168 Personen auszugehen, gleichwohl darin ca. 121 Reinigungskräfte und 32 Hausmeister enthalten sind. In Vollzeitstellen entspricht dies annähernd der Größenordnung des SBT mit ca. 132 AK.

2.3 Leitungsfunktion

Der Verlauf des neu aufgelegten Projektes und die vorgelegten Projektergebnisse sind vielversprechend und die Erwartung, dass endlich eine Lösung für die Neuausrichtung der Gebäudewirtschaft gefunden wird, bei alle Akteuren groß. Eine offene und konstruktive Projektarbeit mit der von allen Beteiligten anerkannten Kompetenz der KE, führte dazu, dass die Mitarbeiter/innen mit viel Engagement und konstruktiver Mitarbeit die bisherige Projektarbeit begleitet haben und voll hinter dem Ergebnis der Projektarbeit stehen (zusammengefasst in einer ausführlichen Projektdokumentation). Es sollte deshalb alles getan werden, damit die Aufbauarbeit nunmehr erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterführung ist die Besetzung der Leitungsfunktion, damit die Einheit mit einer qualifizierten Führung die weiteren Aufbauarbeiten zu einem funktionsfähigen und professionellen Dienstleistungsunternehmen voranbringen kann.

In der verwaltungsinternen Diskussion haben sich dabei zwei Varianten ergeben:

2.3.1 Schnellstmögliche Besetzung der Leitungsstelle und beratende Begleitung des Aufbauprozesses durch die KE

Die Leitungsstelle wird schnellstmöglich besetzt; ein Anforderungsprofil wurde in der Projektarbeit erarbeitet. Gleichzeitig will die Verwaltung den vorhandenen Schwung der Projektarbeit mitnehmen und mit einem Beratungsvertrag, befristet auf 1 Jahr, die Kompetenz der KE (Kommunalentwicklung Baden-Württemberg) weiter nutzen und mit der Begleitung der Aufbauarbeiten des Fachbereiches zu einem professionell geführten Dienstleistungsunternehmen beauftragen.

Damit wird erreicht:

- der Fachbereich erhält eine qualifizierte Führungskraft
- die Ergebnisse und die positive Entwicklung der Projektarbeit wird genutzt
- die Kontinuität bis zum Abschluss der Aufbauarbeiten wird sichergestellt
- die Kompetenz eines erfahrenen Management wird genutzt und stellt eine schnelle Umsetzung des Konzeptes sicher.

Finanzielle Auswirkungen: Die jährlichen Personalkosten für eine A 15 – Stelle liegen bei 90.000 EUR (KGSt) plus Beratungsleistung der KE mit ca. 30.000 EU (noch zu verhandeln) = 120.000 EUR.

2.3.2 Abschluss eines auf 2 Jahre befristeten Managementvertrages mit der KE

Die Verwaltung schließt mit der KE (Kommunalentwicklung Baden-Württemberg) einen Managementvertrag, befristet auf 2 Jahre, und beauftragt die KE mit der Leitung und dem weiteren Aufbau des Fachbereiches zu einem professionell geführten Dienstleistungsunternehmen.

Anfang 2008 soll dann die Entscheidung für eine Besetzung der Leitungsstelle getroffen und das Anforderungsprofil aufgrund der bis dahin vorliegenden Erfahrungen definiert werden. Die Besetzung soll Mitte des Jahres 2008 erfolgen und eine fließende Übergabe der Leitungsfunktion an die künftige Leitung vorgenommen werden..

Damit wird erreicht:

- die Ergebnisse und die positive Entwicklung der Projektarbeit wird genutzt
- die Kontinuität bis zum Abschluss der Aufbauarbeiten wird sichergestellt
- die Kompetenz eines erfahrenen Management wird optimal genutzt

- eine funktionsfähiger und professionell geführter Fachbereich wird an die künftige Leitung übergeben

Bei diesem Modell stand der Managementvertrag und die Abwicklung mit der Kleeblatt GmbH bei der AHT gGmbH Pate.

Finanzielle Auswirkungen: Der Verwaltung liegt ein erster Entwurf für die Gestaltung der Managementleistung der KE vor; der eine Zweiteilung aufweist:

- Leitung und Organisation des neuen Fachbereiches bei insgesamt 16 Wochenstunden oder 704 Stunden Anwesenheit pro Jahr mit netto: 70.000 EUR und
- eine Teilprojekte orientierte Weiterführung und Umsetzung der Ergebnisse mit netto: 30.000 EUR. Brutto werden die Managementleistungen ebenfalls bei ca. 120.000 EUR/a liegen.

Nach dem jetzigen Diskussionstand favorisiert die Verwaltung das Modell 2.3.1.

2.4 Projekt Grundstücks- und Stadtentwicklung

Wie bereits im VA am 14.11.2005 vorgestellt, hat die Projektgruppe - Grundstücks- und Stadtentwicklung mit dem Schwerpunktauftrag, die Projektorganisation bei Entwicklungsprojekten in der vorhandenen Organisationsstruktur abzubilden und einzubinden, bereits Mitte 2005 ihre Projektidee vorgelegt. Dieser Vorschlag kollidierte mit der bisherigen Vorstellung zur Neuorganisation der Gebäudewirtschaft nach dem 3-Säulen-Modell (siehe oben 2.1) weil er den Bereich Liegenschaften und Grundstücksverkehr mit einbezogen hat.

Dieser Widerspruch ist nunmehr ausgeräumt; die Projektgruppe Gebäudewirtschaft ist - wie oben ausgeführt - zu dem Ergebnis gekommen, dass sich das Gebäudemanagement auf sein Kerngeschäft konzentrieren und keine weiteren Aufgabenfelder, die nicht unmittelbar mit dem Gebäude zu tun haben, einbeziehen sollte. Deshalb ist sowohl der Liegenschaftsbereich als auch die Grünplanung (beim bisherigen Hochbauamt) nicht mehr im Projektvorschlag enthalten.

Zur Erinnerung: Die Projektgruppe kam ohne externe Begleitung aus und hat einen pragmatischen Weg gewählt: Ausgehend von den Ämtern und Dienststellen, die mit Grundstücks- und Stadtentwicklung zu tun haben, wurden die sich daraus ergebenden Schnittstellen definiert und analysiert und eine Struktur gesucht, die sicherstellen soll, dass die Prozesse und Abläufe soweit wie möglich in einer Hand, respektive Fachbereich liegen.

Fünf Modelle waren in der engeren Wahl, die eine effiziente Aufgabenerfüllung ermöglichen sollten und jeweils für sich interessante Perspektiven eröffneten; die Projektgruppe hat sich auf das folgende Modell verständigt:

Fachbereich – Planen und Entwickeln bestehend aus:

Fachabteilung – Liegenschaften

Fachabteilung – Stadtplanung

Fachabteilung – Entwicklung.

2.5 Fachabteilung – Liegenschaften

In der Grobstruktur besteht die Fachabteilung – Liegenschaften aus dem früheren Liegenschaftsamt ohne Gebäudewirtschaft (im engeren Sinne) und entspricht der Säule: Grundstücks- und Vermögensverwaltung in dem bisher verfolgten Organisationsmodell Hochbau- und Liegenschaftsamt (vgl. hierzu Vorlage 348/2004, Ziff. 2.3).

Interessant ist diese Variante schon deshalb, weil der Gedanke, dass der Grundstücksverkehr eine wesentliche Säule für die Stadtentwicklung darstellt, vorliegend noch konsequenter umgesetzt wurde. Bisher waren die Liegenschaften aus gleichem Grunde schon dem Technischen Dezernat zugeordnet, aber eben im Bereich Hochbau- und Liegenschaften. Die direkte Zuordnung zum Fachbereich Planen und Entwickeln und ergänzt durch eine Fachabteilung Entwicklungsprojekte bündeln die stadtplanerischen und stadtentwickelnden Kräfte in prozessidealer Weise.

2.6 Fachabteilung – Stadtplanung

In dieser Fachabteilung werden allgemeine Planungen und Stadtentwicklungsmaßnahmen ohne Entwicklungsschwerpunkt durchgeführt. Die Aufgaben entsprechen weitgehend dem bisherigen Bereich Rahmenplanung/Bauleitplanung einschließlich Verkehrsplanung.

2.7 Fachabteilung Entwicklung

Diese Fachabteilung integriert das bisherige Stadtsanierungsamt, die einzige noch bestehende Stabsstelle in der Verwaltungsorganisation. Die Fachabteilung hat zunächst den Aufgabenschwerpunkt, den Entwicklungsbereich Südstadt entsprechend dem Rahmenplan weiter zu entwickeln und zu vollenden. Künftig sollen jedoch generell Entwicklungsprojekte im Stadtgebiet, ggf. zusammen mit der WIT als Grundstücksentwicklungsgesellschaft, durchgeführt werden, wie z.B. das Projekt „Mühlenviertel“.

Die Fachabteilungen sind derzeit Arbeitstitel. Die Feinabstimmung innerhalb des Fachbereiches Planen und Entwickeln will die Verwaltung der künftigen Leitung überlassen.

2.8 Fachbereich Tiefbau

Die Verwaltung schlägt vor, als vierten Fachbereich im Technischen Dezernat, den Fachbereich Tiefbau zu bilden. Insgesamt besteht der Tiefbaubereich aus 27 Mitarbeiter/innen und hat die Bedeutung als Fachbereich eingerichtet zu werden. Dieser Fachbereich ist dann deckungsgleich mit dem noch verbliebenen Tiefbauamt und besteht aus:

Fachbereich Tiefbau mit den zwei Fachabteilungen

- Straßen und Brücken und
- Wasserwirtschaft.

Im Projekt Bauabwicklung und Schnittstellen mit den SWT sind 4 Schwerpunktthemen zur Optimierung herausgearbeitet worden.

- Einrichtung einer Planungsgruppe um einen mehrjährigen Maßnahmenkatalog (Finanzplanungszeitraum) aufzustellen und zu koordinieren

- Einrichtung einer Koordinierungsstelle mit dem Ziel, die operative Bauabwicklung abzustimmen; dabei sollen auch Externe (Kabel BW, Telekom, Straßenbauamt...) eingebunden werden um eine optimale und auf Synergieeffekte achtende Bauabwicklung sicherzustellen.
- Vereinheitlichung der Leistungsverzeichnisse, um ein transparentes und effizientes Vergabewesen zu erreichen
- Stärkung des Auftraggeber/Auftragnehmeverhältnisses zwischen SWT und Tiefbaubereich, um einen angemessenen Leistungsaustausch sicherzustellen und den Dienstleistungsgedanken zu fördern im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit.

Die Verwaltung ist derzeit dabei, diese Schwerpunktthemen in eine Vereinbarung mit den SWT aufzunehmen und wird dem Gemeinderat über die Ergebnisse wieder berichten.

3. Lösungsvarianten

3.1 Es wird eine andere inhaltliche Abgrenzung der Fachbereiche vorgenommen.

3.2 In der Vorlage 8/2002 hatte die Verwaltung für das Technischen Dezernat folgende Fachbereiche (damals noch SC) vorgeschlagen:

Fachbereich Stadtplanung und Stadtsanierung mit der Untergliederung:

- Denkmalschutz und Stadtsanierung und
- Bauleitplanung,

und den Fachbereich Gebäudewirtschaft mit der Untergliederung:

- Vermögensmanagement
- Kaufmännisches Gebäudemanagement und
- Technisches Gebäudemanagement.

Mit dem nun vorgelegten Vorschlag ändert die Verwaltung das damalige Konzept und stärkt die Planung und Entwicklung durch die strategische Komponente des Grundstücksverkehrs; gleichzeitig reduziert sie die Gebäudewirtschaft auf ihre eigentlichen Kernaufgaben.

4. Vorschlag der Verwaltung

4.1 Die Verwaltung schlägt vor, den Fachbereich Planen und Entwickeln zu bilden und die Leitungsstelle auszuschreiben (Vorlage 275/2006).

4.2 Die Verwaltung schlägt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor den Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft zu bilden, wenn auch Konsens besteht, den Fachbereich inhaltlich so, wie beschrieben, auszubilden. Wie ausgeführt, bittet die Verwaltung zunächst um Zustimmung, mit der KE die unter Ziff. 2.3 genannten Varianten auszuloten und mit einem Lösungsvorschlag Anfang des nächsten Jahres in die Gremien zu kommen. Dabei ist auch vorgesehen, dass die KE das Projektergebnis im VA vorstellt.

4.3 Die Verwaltung schlägt vor, den Fachbereich Tiefbau zu bilden. Der Verwaltung ist dabei klar, dass mit der Neuausrichtung der Eigenbetriebe auch dieser Fachbereich nochmal auf der Agenda stehen wird. Das Thema Eigenbetrieb soll im ersten Halbjahr 2007 einschließlich Standortkonzept angegangen werden.

Diese Neugliederung wird das Technische Dezernat damit in insgesamt 4 Fachbereiche aufteilen. Vor der Prozessoptimierung bestand das Baudezernat aus 6 Ämtern und 1 Stabsstellen (Stadtsanierungsamt).

Die nachfolgende Tabelle fasst die Entwicklung zusammen:

Vor der Prozessoptimierung Stand: 2000		nach der Prozessoptimierung Stand: 2006	
	Personen		Personen
61 Stadtplanungsamt	20	Fachbereich 7 - Planen und Entwickeln	41
62 Stadtsanierungsamt	5	Fachbereich 6 - Bauen und Vermessen	55
23 Liegenschaftsamt (Grundstücksverkehr + Wald)	18	Fachbereich 8 - Hochbau und Gebäudewirtschaft	46
63 Baurechtsamt	20	Fachbereich 9 - Tiefbau	27
62 Stadtvermessungsamt	40		
65 Hochbauamt	13		
231 Abteilung Gebäudewirtschaft mit Hausmeister 32 (1:5) Reinigungskräfte 121 (1:5)	5 31		
66 Tiefbauamt	32		
	184		169

In der **Anlage 6** ist die Verteilung auf die Fachbereiche 7 bis 9 dargestellt und die Größenordnung der Fachbereiche und Fachabteilungen nach Mitarbeiter/innen dargestellt. Damit wird die Neuorganisation des Technischen Dezernates alsbald abgeschlossen und die Prozessoptimierungsphase beendet sein. Die Reform muss künftig in einen Kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP) münden und somit sicherstellen, dass sich die Verwaltung optimal den sich ständig veränderten Rahmenbedingungen anpasst. Genannt werden soll hier das Stichwort eGovernment, das uns vor noch nicht abschätzbare Herausforderungen stellen und eine ständige Neuausrichtung der Verwaltung erfordern wird.

Die **Anlage 7** enthält eine Übersicht über die gebildeten Fachbereiche in der Stadtverwaltung.

5. Finanzielle Auswirkungen

Die Neuorganisation führt zu Synergieeffekten und erzielt nachhaltig Einsparungen insbesondere im Personalbereich. Durch die Zusammenfassung in einem Fachbereich wird erwartet, daß Reibungsverluste vermieden und Strategien gemeinsam umgesetzt werden können.

Wie vorstehend unter Ziff. 1 ausgeführt und in den Vorlagen 23/2004 und 16/2005 dargestellt konnte bisher ein Einsparpotential von über 0,9 Mio. EUR erschlossen werden; die bisherigen Projektergebnisse im Bereich der Gebäudewirtschaft lassen weitere Einsparungen in ähnlicher Größenordnung durchaus realistisch erscheinen. Die Verwaltung kann deshalb davon ausgehen, dass auch im Technischen Bereich die Zielvorgabe einer Effizienzsteigerung von 5 – 10 % erreicht wird.

Somit stehen den bisher insgesamt für die externe Begleitung der Verwaltungsreform bisher aufgewendeten ca. 360.000 EUR (Vorlage 15d/2002 und nachfolgende Aufträge) als einmalige Ausgaben ein jährliches Einsparpotential in einer Größenordnung gegenüber, die diesen einmaligen Betrag um ein Mehrfaches übersteigt. Eine Bilanz die nach Auffassung der Verwaltung das Vorgehen und die sukzessive Einbeziehung externer Berater bestätigt.

6. Anlagen:

Anlage 1 - Prozessorientierte Matrixorganisation

Anlage 2 - Prozessoptimierung

Anlage 3 - Fachbereich Planen und Entwickeln

Anlage 4 - Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft

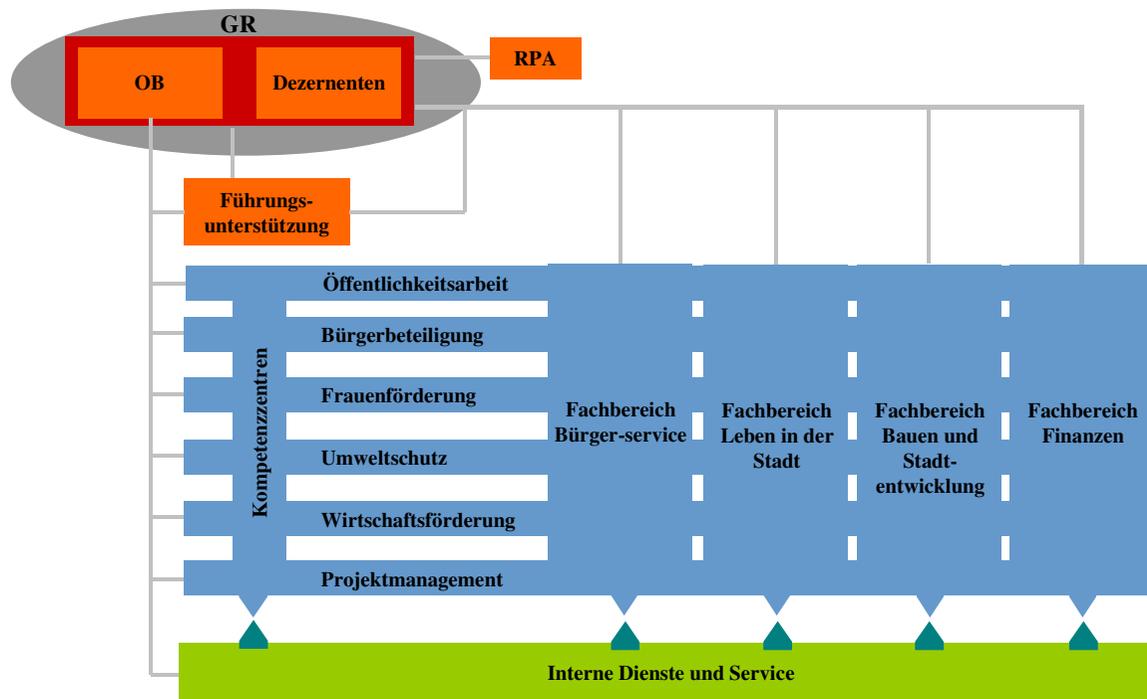
Anlage 5 - Fachbereich Tiefbau

Anlage 6 - Aufteilung des Personals auf die Fachbereiche

Anlage 7 - Übersicht der Fachbereiche in der Stadtverwaltung

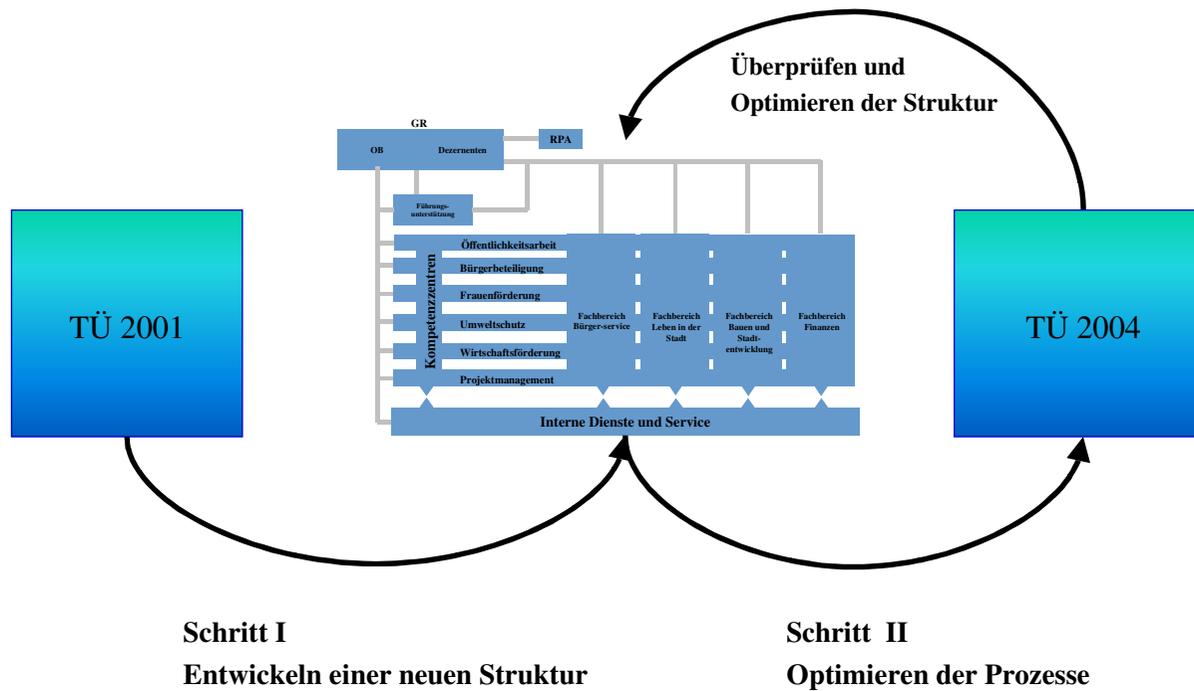
Auszug aus: Abschlussworkshop am 05. Dezember 2001:

Ergebnis Workshop: Möglicher 1. Schritt in Richtung Vision



Auszug aus: Zwischenbericht im Lenkungsausschuss am 02. Mai 2002

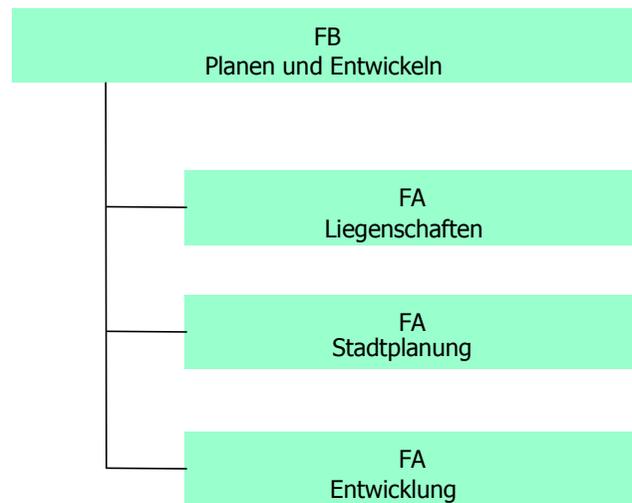
Was geschieht in der Phase Prozessoptimierung?



Ausgestaltung Fachbereich 7 – Planen und Entwickeln

Tübingen, 20.10.2006

Bildung von Fachbereichen im TR nach der Prozessoptimierung

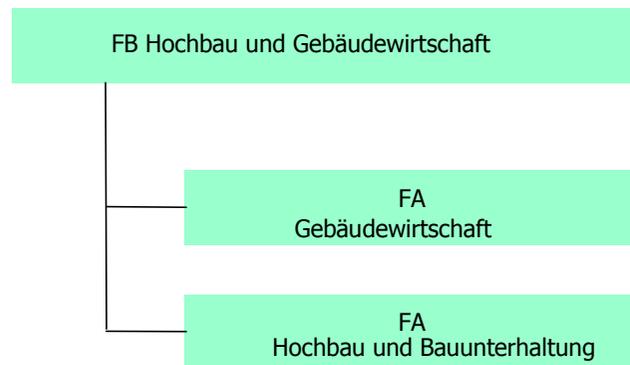


FB = Fachbereich
FA = Fachabteilung

Ausgestaltung Fachbereich 8 – Hochbau und Gebäudewirtschaft

Tübinaen. 20.10.2006

Bildung von Fachbereichen im TR nach der Prozessoptimierung



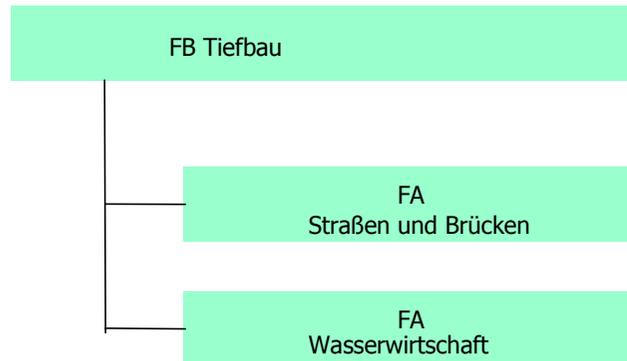
FB = Fachbereich

FA = Fachabteilung

Ausgestaltung Fachbereich 9 – Tiefbau

Tübingen, 30.06.2005

Bildung von Fachbereichen im TR nach der Prozessoptimierung



FB = Fachbereich
FA = Fachabteilung

Verteilung des Personals auf die Fachbereiche

Abbildung 1 – Ausgewogene Verteilung des Personals auf die Fachbereiche

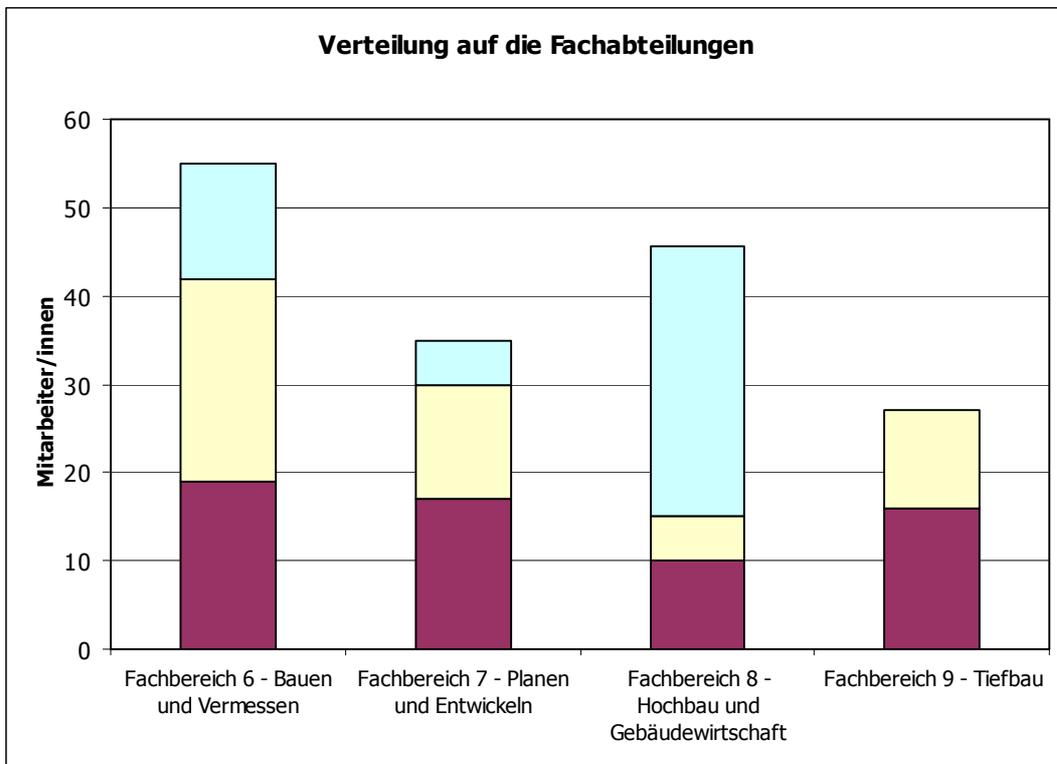
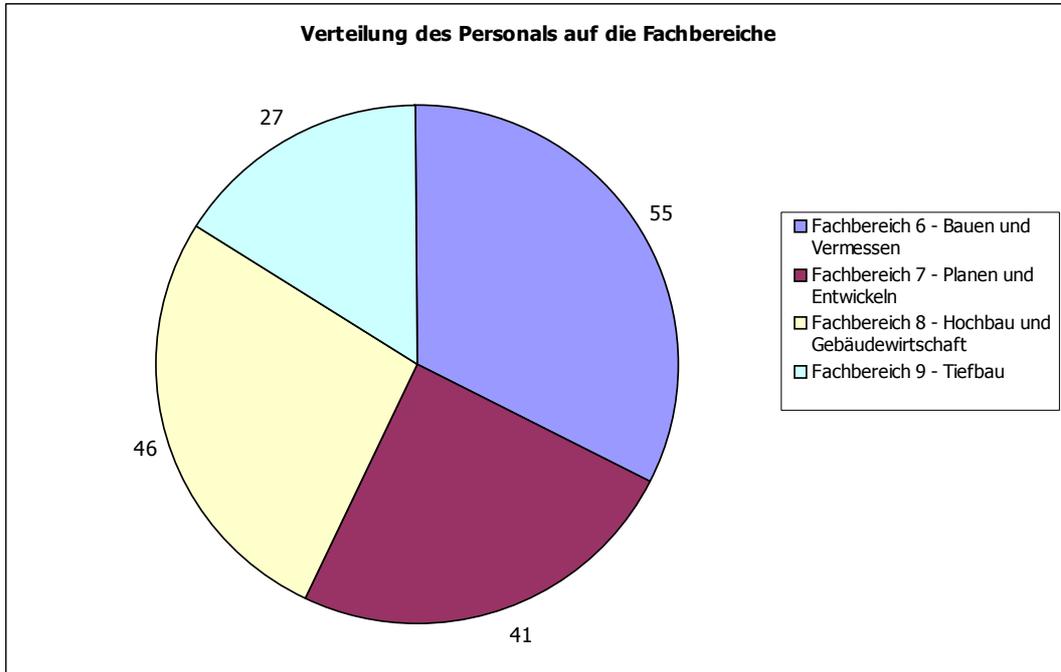


Abbildung 2 – Verteilung des Personals auf die Fachabteilungen

Übersicht über die Fachbereiche (FB) und ihrer Fachabteilungen (FA) der Stadtverwaltung Stand: 25.10.2006

